

Die Analyse prozess-produzierter Daten am Beispiel des Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR

Best, Heinrich; Hornbostel, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Best, H., & Hornbostel, S. (2003). Die Analyse prozess-produzierter Daten am Beispiel des Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR. *Historical Social Research*, 28(1/2), 108-127. <https://doi.org/10.12759/hsr.28.2003.1/2.108-127>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Die Analyse prozess-produzierter Daten am Beispiel des Kaderdatenspeichers des Ministerrates der DDR

*Heinrich Best & Stefan Hornbostel**

Abstract: This contribution explores problems and prospects concerning the use of process-produced data for an analysis of state-socialist regimes. It argues that the huge legacy of machine-readable records accumulated by state and party bureaucracies during the 1970s and 1980s is a principal source for sociological inquiry into state socialist societies and politics. The “Central Cadre Database” (Zentraler Kaderdatenspeicher – ZKDS) of the German Democratic Republic’s Council of Ministers serves as an example to demonstrate the scope of these data bases in revealing hitherto unknown and/or secret facts about the inner workings of the nomenclatura system. The paper also outlines the contextual knowledge necessary for assessing the validity and the reliability of these data, and for the appropriate interpretation of analysis results. In particular, problems of shifting validity, under-enumeration, and over-reporting are addressed. Results show that the quality and completeness of ZKDS-data varies according to the hierarchical level of the cadres recorded in the data base, the foci of awareness of power holders, and the intensity of use made of the data.

* Dieser Beitrag ist eine gekürzte und überarbeitete Fassung von: Best, Heinrich/Hornbostel, Stefan (1998): Prozeß-produzierte Daten als empirisches Material für eine Soziologie des realen Sozialismus. Das Beispiel der Kaderspeicher des Ministerrates der DDR. In: GESIS et al. (Hg.): Materialien zur Erforschung der DDR-Gesellschaft. Opladen, S. 201-221. Für die Gewährung der Abdruckrechte danken wir dem Verlag Leske + Budrich und dem Informationszentrum Sozialwissenschaften Bonn.

Address all communications to Heinrich Best, Institut für Soziologie, Universität Jena, Carl-Zeiss-Str. 2, D-07743 Jena. Phone: 0049 3641 945540, Fax: 0049 3641 945542. E-mail: best@soziologie.uni-jena.de, and Stefan Hornbostel, Institut für Soziologie, Universität Jena, Carl-Zeiss-Str. 2, D-07743 Jena. Phone: 0049 3641 945543, Fax: 0049 3641 945542. E-mail: info@hobost.de.

1. Die Konstituierung des Forschungsgegenstandes

Das Ende des Staatssozialismus in Europa und seine Transformation zur Konkurrenzdemokratie und marktwirtschaftlichen Ordnung haben die Sozialwissenschaften vor eine zweifache Herausforderung gestellt, die sie wohl noch für einige Zeit beschäftigen wird: zum einen die Erforschung des Übergangs zwischen grundlegend unterschiedlichen Sozialordnungen, zum anderen die retrospektive Rekonstruktion des „realen Sozialismus“, dessen Untergang erstmals einen weitgehend freien Zugang zu den verfügbaren Wissensquellen und Datenbeständen für seine empirische Analyse eröffnet hat. Beide Aufgaben stehen in einem systematischen Zusammenhang, denn die Endphase des Staatssozialismus bildete die Ausgangskonfiguration für die nachfolgenden Transformationsprozesse. Andererseits gilt jedoch, dass dieser Zusammenhang nicht die Eigenständigkeit beider Forschungsaufgaben aufzulösen vermag, denn die postsozialistische Transformation geht offenkundig über eine bloße Umbildung des Ende der 1980er Jahre in Ost- und Ostmitteleuropa bestehenden Zustandes hinaus, während der Staatssozialismus nicht nur von seinem Ende und Übergang her begriffen werden kann (vgl. Müller 1992). Er bildete einen besonderen Gesellschaftstyp, mit einer spezifischen Machtorganisation, eigenen Legitimationsfiguren, Strukturformen, Reproduktionsmechanismen und Kommunikationsweisen, bei unterschiedlichen Anpassungen an die gesellschaftlichen Gegebenheiten, denen er nach 1945 oktroyiert worden war. Man beginge deshalb einen „Fehlschluss des retrospektiven Determinismus“ (Bendix 1964, S. 13), würde man die Systemgeschichte des Staatssozialismus ausschließlich von seinem Untergang her rekonstruieren.

Gerade die Tatsache, dass der marxistisch-leninistische Bauplan des realen Sozialismus als ein radikales Gegenmodell zu den marktwirtschaftlich-konkurrenzdemokratischen Ordnungen des Westens angelegt war, designiert ihn über die bloße historische Kuriosität und sein Nachleben in den Transformationsgesellschaften hinaus zu einem eigenständigen Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Forschung und lässt verallgemeinerbare Einsichten in die Formation sozialer Ordnungen und die sich in ihnen ausbildenden Handlungskontexte erwarten (vgl. Lepsius 1993). Dennoch wurde das „Experiment einer sozialistischen Gesellschaft“ (R. Lepsius) bislang mit weniger Intensität erforscht als die postsozialistischen Transformationsprozesse, wobei diese Asymmetrie im Fall der DDR und des vereinten Deutschlands, von denen speziell die Rede sein soll, besonders ausgeprägt ist. Die Gründe liegen auf der Hand: In der kritischen Phase des Regimewechsels und Institutionentransfers stellen die Sozialwissenschaften ein sozialtechnologisch unmittelbar nutzbares Interventionswissen bereit, das ihre Legitimation gegenüber den forschungsfördernden Einrichtungen und einer weiteren Öffentlichkeit erhöht. Zugleich eröffnete sich die bisher einmalige Möglichkeit, einen Systemübergang unter

Einsatz des vollen methodischen Repertoires, das den Sozialwissenschaften heute zur Verfügung steht, zeitnah zu erforschen.

2. Probleme des Zugangs zum Forschungsfeld

Demgegenüber wird der empirische Zugang zu der sozialen Wirklichkeit des „realen Sozialismus“ in der DDR, trotz der Öffnung von Archiven und Panzerschränken nach 1989, durch die Folgewirkungen der willkürlichen Beschränkungen und Deformationen der Selbstwahrnehmung einer geschlossenen Gesellschaft nachhaltig erschwert. Dies gilt naheliegenderweise vor allem für den weitgefassten Arkanbereich der DDR-Gesellschaft, der auch der weitgehend auf den Zulieferbetrieb für die höchsten staatlichen Leitungsorgane beschränkten Sozialforschung in der DDR verschlossen blieb (vgl. GESIS et al. 1998). Zwar veränderte dieser blinde Fleck seinen Zuschnitt über die Zeit hinweg, blendete aber dauerhaft jene Sachverhalte aus, die eine Rekonstruktion der Mechanismen der Machtausübung und eine Aufdeckung der Legitimationsdefizite des Regimes durch unautorisierte Dritte ermöglicht hätten. Dieser Sachverhalt wird besonders deutlich im Hinblick auf die Führungsgruppen des realen Sozialismus, deren Struktur und Veränderungsmuster außerhalb des erlaubten Sichtfeldes der Sozialforschung in der DDR lagen, selbst wenn deren Ergebnisse dann sekretiert wurden. Zwar ergab eine Recherche nach den Stichworten „Kader“, „(politische) Elite“, „Intelligenz“, „Führungskraft“, „Hochqualifizierter“ im IZ-Datenbankkorpus „Graue Literatur DDR-Sozialforschung“ 366 Treffer, doch handelte es sich dabei weitgehend um empirieferne Beiträge zur marxistisch-leninistischen Leitungswissenschaft, ideologiegeladene Referate zur Kaderpolitik oder formale Beschreibungen von Leitungsstrukturen in begrenzten Organisationszusammenhängen. Nur etwa 20 Arbeiten enthalten überhaupt empirische Daten zur Rekrutierung und Struktur des Führungspersonals in einzelnen institutionellen Bereichen und Organisationszusammenhängen der DDR-Gesellschaft, wobei auch hier eher machtferne Wirklichkeitsausschnitte wie etwa das akademische Personal der Universitäten und ideologisch weniger prekäre Sachverhalte, wie etwa der Altersaufbau, im Blickfeld lagen. Eine Ausnahme bilden hier allenfalls Untersuchungen zum (unterproportionalen) Frauenanteil unter wirtschaftlichen Leitungskadern (vgl. u.a. Thiele/Gerth 1989). Grundsätzlich gilt aber, dass die Hauptfragen der Elitenforschung, wie etwa die nach den Mustern der Machtdifferenzierung einer Gesellschaft, den Chancen des Machtzugangs für bestimmte Kategorien der Bevölkerung, Elitenreproduktion und -zirkulation, Elitenintegration und Elitenkonflikt weit außerhalb des für DDR-Wissenschaftler zugänglichen Terrains lagen (vgl. zuletzt die Beiträge in Bauerkämper et al. 1997 und Best/Becker 1997). Die westliche DDR-Forschung, die ein ausgeprägtes Interesse an diesem Gegenstand entwickelte, blieb auf mehr oder weniger elaborierte Ferndiagnosen angewiesen, die

sich aber naturgemäß auf die Positionsinhaber der obersten Ebene der Macht-hierarchie beschränken mussten und selbst für diese Personengruppe bei wichtigen Merkmalen empirisch ins Leere griffen. So weist selbst eine nach der Wende erschienene Arbeit über das Personal der obersten Führungsorgane der SED in kollektivbiographisch elementaren Merkmalsbereichen wie Berufs- und Hochschulausbildung Datenlücken von teilweise über 50 % auf (vgl. Schneider 1994).

3. Erkenntnispotentiale prozess-produzierter Daten für Analysen der DDR-Gesellschaft

Hier zeichnet sich ein Paradox und ein Dilemma des Staatssozialismus ab: Die unentrinnbaren Sekretierungszwänge einer geschlossenen Gesellschaft und diktatorischen Staatsordnung kollidierten mit einem umfassenden Planungsanspruch, der weit über den ökonomischen Bereich ausgriff und den Gesamtaufbau der Gesellschaft unter Einfluss des Führungsapparats und der Machtorganisation erfasste. Planung setzt aber nun nicht nur die Festlegung von Sollgrößen, sondern auch die Kenntnis des Ist-Zustandes, der verfügbaren Ressourcen, der strukturellen und mentalen Hindernisse im Planungsvollzug voraus. Das heißt: die Verfügbarkeit gerade jener Daten, die wohl nicht nur in der Einbildung der Herrschenden, sondern auch tatsächlich ein erhebliches Potential der Systemgefährdung enthielten, war eine unabdingbare Voraussetzung für die Realisierung des hohen Anspruches umfassender Gesellschaftsgestaltung. Da die Sammlung und Auswertung solcher Daten naheliegenderweise nicht dem halboffenen Vollzug der DDR-Sozialforschung überantwortet werden durften, verblieben sie als prozess-produzierte Daten im engeren Arkanbereich des Regimes. Prozess-produzierte Daten, generell solche Materialien, die als „Aufzeichnungen öffentlicher und privater Organisationen im Rahmen ihrer Tätigkeit und nicht nur zum Zweck wissenschaftlicher bzw. statistischer Auswertung gesammelt werden bzw. wurden“ (Müller 1977), bilden deshalb heute die wichtigste, wenngleich noch kaum genutzte Quelle für die Erforschung der delikaten und diskreten Aspekte der DDR-Gesellschaft.

Seit der Entwicklung der Schriftkultur hat das Handeln von Verwaltungsorganisationen Zeugnisse administrativer Buchführung hinterlassen. Diese Sedimente sind, abgesehen von ihren wechselnden Überlieferungsschicksalen, um so mächtiger, je komplexer und umfassender das Verwaltungshandeln war. Im Fall der Planbürokratie des Staatssozialismus nehmen sie einen kaum mehr zu überblickenden Umfang ein. Das durch das Zentrum für Historische Sozialforschung 1994 zusammengestellte vorläufige (und unvollständige) Verzeichnis „Ausgewählte Quellen zu Statistikdaten und zu maschinenlesbaren Mikrodaten der DDR“ gibt einen Eindruck von einem eng verknüpften Datenteppich, in

den – unbehelligt von Bedenken des Datenschutzes – praktisch jeder DDR-Bürger mehrfach eingeknotet wurde, wobei hier nur personenbezogene Daten berücksichtigt werden sollen (zusammengestellt von Wilke 1994). Seit Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in den Verwaltungsapparaten der DDR Anfang der 70er Jahre nahm dieses System der sozialen Buchführung Orwellsche Züge an: Im Datenspeicher „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen der DDR“ (GAV) waren die Arbeits- und Berufswege von etwa 7,25 Millionen Erwerbstätigen in der DDR erfasst (Stichtagsbestand 21.12.1989), im Zentralen Einwohnerregister (ZER) die gesamte Wohnbevölkerung der DDR, mit über 200 Einzelangaben in 45 Dateifeldern, die ausführliche Auskünfte u.a. über Vorstrafen, Ausreisebegehren und Auslandsverbindungen enthielten (vermutlich 1992 gelöscht). Studenten wurden in der Datenbank „Immatrikulationen an Universitäten und Hochschulen der DDR“, Versicherte in den Datenbankprojekten „Staatliche Versicherung“ und „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund/Sozialversicherung“ geführt. Über die Personenkennziffer waren problemlos Querrecherchen möglich, wenn die Datenspeicher nicht von vornherein verknüpft waren, wie etwa die Studenten- und Versichertendateien mit dem ZER. Besonders tief in den Arkanbereich der DDR reichen jene beiden Datenbestände, die zwei sehr unterschiedliche „Marginalgruppen“ der DDR-Gesellschaft erfassen: die „Strafgefangenen- und Verhaftetendatei“ und die Kaderdatenspeicher des Ministerrats der DDR. An ihnen lässt sich exemplarisch zeigen, welche Chancen, aber auch welche Probleme eine Verwendung prozess-produzierter Daten für eine retrospektive Soziologie des „realen Sozialismus“ enthält.

4. Die Abbildungsqualität prozess-produzierter Daten aus staatssozialistischen Bürokratien

Für Sozialwissenschaftler sind prozess-produzierte Daten vorgefundenes Material, dessen Genese nicht durch theoretisch bewusste Fokussierungen eines Wirklichkeitsausschnitts und Auswahlen von Indikatoren, sondern durch die Sichtweisen und Handlungsrationitäten in den Verwaltungen bestimmt wird, die ihren Entstehungskontext bilden. Damit gehören sie zu der Großfamilie der „unobtrusive measures“ oder „natürlichen Quellen“, dass heißt solcher Quellen und Materialien, deren Kategorisierung als Daten zunächst nichts zu tun hat mit den Kategorien der Forschung (vgl. Angell/Freedman 1953; Webb 1966; Scheuch 1977, S. 25ff.). Dies bedeutet nun wiederum nicht, dass man es hier mit unverzerrten Abbildungen der Wirklichkeit zu tun hat. Für prozess-produzierte Daten gilt etwa, dass die Selektivität und Qualität dieser Daten abhängig ist von Art und Umfang des Behördenauftrags sowie den damit nicht notwendig konkordanten Mitteilungs- und Erledigungsstrategien der an ihrer

Entstehung beteiligten Akteure, wie etwa Mitarbeiter und Klienten. Schon früh wurde deshalb gefordert, Analysen von prozess-produzierten Daten durch eine Fehlerlehre zu ergänzen, die analog der historischen Quellenkritik als sozialwissenschaftliche Quellenkritik anzulegen sei. Dabei wurde die wissenschaftliche Nutzung von Verwaltungsdaten als ein paralleles, wenn auch zusätzlich komplikationsbelastetes Verfahren zur Sekundäranalyse von Umfragedaten konzipiert (vgl. Schaubild 1). Insbesondere sei dem wissenschaftlichen Zweitnutzer von prozess-produzierten Daten „zunächst einmal unklar, wie die Daten im Vollzug entstanden sind. Werden ihm diese Kenntnisse nicht vermittelt, so besteht die Gefahr, dass verzerrte Daten für evident gehalten werden. Darüber hinaus stellt sich das Problem der Relevanz von Verwaltungsbegriffen für sozialwissenschaftliche Fragestellungen in besonders starkem Maße“ (Bick/Müller 1984, S. 134). Dies gilt natürlich auch und besonders für die Bewertung der Abbildungsqualität von prozess-produzierten Daten in den Kontexten realsozialistischer Systeme, in denen die Faktorenbündel, die allgemein die Abbildungsqualität von Verwaltungsdaten beeinflussen, eine spezifische Gewichtung und Wirkungsweise haben.

Als Besonderheiten können etwa gelten:

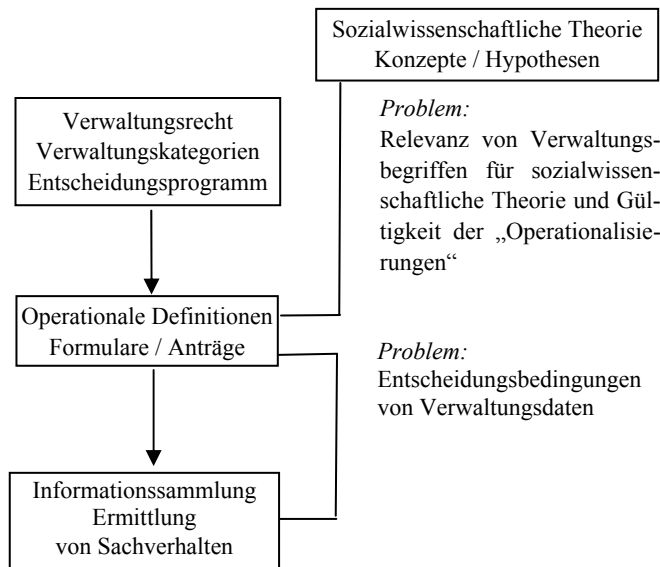
1. Eine Verwaltungs“theorie“ und Normenprogramme, die selbst eine prekäre Nähe zu sozialwissenschaftlichen Theorien aufweisen, wenn man bereit ist, dem Marxismus-Leninismus einen solchen Status zuzubilligen.
2. Eine eindeutige Hegemonie der Verwaltungsinteressen gegenüber den Klienteninteressen, bei radikaler Zurückstellung von Bürgerrechten wie der „informationellen Selbstbestimmung“ und des Datenschutzes.
3. Eine hohe Sanktionsbewehrung des Verwaltungshandelns, die sich aus dem repressiven Charakter des Regimes und seinen praktisch unbegrenzten Möglichkeiten einer Kreuzkontrolle von Klientenangaben ergibt.
4. Daraus folgt: eine Minimierung der Möglichkeiten informationeller Abschirmung gegenüber den Auskunftsbegehren staatlicher und parastaatlicher Instanzen auf Seiten der Bürger.

Eine eher beunruhigende als erfreuliche Konsequenz dieses spezifischen realsozialistischen Entstehungskontextes prozess-produzierter Daten ist, dass der mangelnde Schutz der informationellen Bürgerrechte in der Vergangenheit zum Vorteil der heutigen Sozialwissenschaftler ausschlägt. Das heißt: sie können aus Reanalysen prozess-produzierter Daten im Nachlass der DDR-Gesellschaft weitaus mehr erfahren als bei analogen Untersuchungen aus bundesrepublikanischen Beständen. Daraus ergibt sich die unumgehbare wissenschaftsethische Forderung, bei der sozialwissenschaftlichen Autopsie des realen Sozialismus vorsichtige Schnitte zu legen, um die noch vitalen Interessen des Datenschutzes der seinerzeit unter seinem Regime Lebenden nicht zu verletzen. Nachträgliche Anonymisierung und Aggregierung ist also das Gebot.

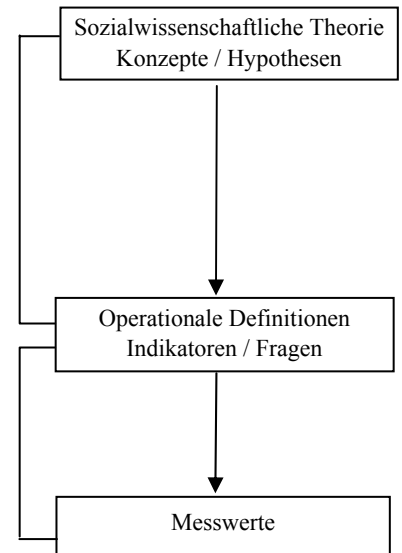
Schaubild 1

(Quelle: Bick/Müller 1984, S. 133)

„Sekundäranalyse“ auf der Basis von Verwaltungsdaten



Sekundäranalyse von Umfragedaten



5. Konsequenzen für eine Erforschung von Führungsgruppen in der DDR

Welche Konsequenzen haben nun die hier skizzierten allgemeinen und besonderen Voraussetzungen einer sozialwissenschaftlichen Nutzung prozessproduzierter Daten für eine Erforschung der Führungsgruppen der DDR? Zunächst ist festzuhalten, dass das Führungspersonal der DDR-Gesellschaft vollständig eingebunden war in ein umfassendes System der Kaderplanung, dessen Grundlage ein entsprechend umfassendes Programm sozialer Buchführung bildete. Dem Anspruch und formalen Verfahren nach vollzog sich die Plazierung von Personen auf Führungspositionen nicht als mehr oder weniger offener „Konkurrenzkampf um die Macht“ (J. Schumpeter), sondern plangesteuert in einem zentralisierten und diskreten Prozess der Designation, Delegation und Kooptation. Dabei kamen aus der Sicht des Regimes unterschiedliche und zumindest potentiell widersprüchliche Zielvorgaben zur Geltung, wie etwa die qualifikationsgerechte Allokation von Humankapital, die Wahrung von Loyalitäts- und Sicherheitserfordernissen, meritokratische Gratifikationen und – last not least – allgemeine gesellschaftspolitische Gestaltungsvorgaben, wie „Höherentwicklung und Festigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse“, „Annäherung der Klassen und Schichten“ und „Abbau der sozialen Unterschiede in den Arbeits- und Lebensbedingungen“.

Im Hinblick auf die Erhebungsprogramme der Kaderverwaltung und damit zugleich auf die Inhalte der Kaderdatenspeicher ergeben sich aus diesem Zielvorhaben erhebliche Konsequenzen: Bemerkenswert ist etwa eine ausgeprägte Fokussierung auf die „soziale Genealogie“ der erfassten Personen, die sich nicht nur auf ihre Klassenherkunft, sondern auch auf ihre politische Milieubindungen erstreckte, die etwa durch die Parteizugehörigkeit der Eltern erfasst wurde. Loyalitätserwartungen lassen sich etwa mit dem Engagement in Organisationen und vor allem Parteiaktivitäten verbinden, während Kompetenzen und Qualifikationen aus den umfassend dargestellten Bildungs- und Berufsbiographien erschlossen werden können. Meritokratische Kriterien bei der Rekrutierung und dem Avancement von Führungspersonal lassen sich aus den sorgfältig dokumentierten Auszeichnungen rekonstruieren. Die Aussagequalität dieser Daten entspricht in vieler Hinsicht frappant den Indikatorenprogrammen der strukturanalytisch orientierten sozialwissenschaftlichen Eliteforschung und geht im Hinblick auf die Abbildung lebensgeschichtlicher Verläufe weit darüber hinaus. Insofern hat die Kaderverwaltung der DDR vorzügliche Vorarbeit für die neugierigen Sozialwissenschaftler des vereinten Deutschlands geleistet. Probleme resultieren zwar gelegentlich aus der ideologischen Kontaminierung einzelner Klassifikationen, worauf noch näher eingegangen wird, doch lässt sich aus den gegebenen Daten ein weit aufgefächertes Bündel sozialwissenschaftlich relevanter Indikatoren gewinnen. Die methodische Herausforderung

besteht eher in der quellenkritischen Bewertung und Rekonstruktion der komplizierten Entstehungs- und Überlieferungsgeschichte des Materials sowie der Bildung sekundäranalytischer sinnvoller Grundgesamtheiten aus einem heterogen zusammengesetzten Datenkorpus.

Damit eröffnet sich ein umfassender empirischer Zugang zu einigen Hauptfeldern einer Soziologie des realen Sozialismus. Konkret geht es in unserem Vorhaben um die Frage nach den Konstitutionsbedingungen und Strukturmustern sozialer Ungleichheit in einer dem Anspruch nach egalitären Gesellschaft mit einer speziellen Ausrichtung auf ihre Führungsgruppen. Gab es in der DDR einen zuletzt hoch beschleunigten Prozess sozialer Schließung des Zugangs zu gesellschaftlichen Führungsgruppen, wie dies Daten zur Rekrutierung im Bildungssystem und retrospektive Erhebungen zur Zusammensetzung der Dienstklasse der DDR aus dem Beginn der 90er Jahre nahelegen? War die Belétage der gesellschaftlichen Machtorganisation in der DDR tatsächlich sektoral weitgehend entdifferenziert, wie dies in Theorien zur Pathogenese realsozialistischer Gesellschaften behauptet wird? Welche Bedeutung hatten Systemloyalität und Fachqualifikation als Kriterien der Führungsauslese? Wie erfolgreich konnten ideologische Prämissen der Kaderauswahl, wie etwa die Bevorzugung proletarischer Herkunft oder die Gleichstellung von Frauen, tatsächlich durchgesetzt werden?

Antworten auf diese Fragen lassen sich allerdings nicht einfach aus einer Aggregierung und Quantifizierung der Primärdaten gewinnen, sondern sie setzen zugleich ein Interpretationswissen voraus, das die Entstehungs- und Überlieferungsgeschichte des Kaderdatenspeichers, die Kontexte des faktischen Handelns der Kaderverwaltungen sowie die Verhaltensweisen der erfassten Personen mit einbezieht. Darauf soll im zweiten Teil dieses Beitrages eingegangen werden.

6. Der Zentrale Kaderdatenspeicher des Ministerrates der DDR

„Kaderfragen sind für uns als eine Klassenfrage stets und überall eine erstrangige politische Aufgabe“. Mit diesen Worten skizzierte das ZK der SED 1977 den Stellenwert der Kaderpolitik in der DDR (vgl. ausführlich zur Kaderpolitik: Glaeßner 1977; Zimmermann 1994). Programmatisch war das nicht neu, praktisch fällt dieser Beschluss, in dem es um die Entwicklung langfristiger Kaderprogramme geht, aber in eine Phase der Kaderpolitik, in der sich Dank elektronischer Datenverarbeitung erstmals realistische Chancen für eine zentral kontrollierte, langfristig orientierte Auswahl und Weiterqualifikation des Führungspersonals der Partei, der Wirtschaft, des Staates und der Massenorganisationen ergab. Vorausgegangen war 1972 der Beschluss des Ministerrates der

DDR, „die Anwendung der EDV in der sozialistischen Kaderarbeit der Ministerien, der anderen zentralen staatlichen Organe, der Räte der Bezirke und der wirtschaftsleitenden Organe schrittweise einzuführen“.¹

Dies war der Startschuss für den Aufbau großer Personendatenbanken in der DDR, darunter das „Kaderprojekt“. Vier Jahre später zeichnet sich in einem weiteren Beschluss des Ministerrates bereits ab, dass eine EDV-mäßige Erfassung der Arbeitskräfte und insbesondere des Führungspersonals eine Fülle von politisch relevanten Kontroll- und Steuerungsinformationen erzeugen könnte: „Zur Bereitstellung von vielfältigen und nach verschiedenen Gesichtspunkten auswertbaren Informationen an die Partei- und Staatsführung, die Abteilungen des ZK der SED, die Ministerien und anderen zentralen Staatsorgane, die Bezirksleitungen der SED und die Räte der Bezirke ist auf der Grundlage des Kaderprojektes und des Projektes ‘Gesellschaftliches Arbeitsvermögen’ schrittweise ein einheitlicher Datenfonds über die berufstätige Bevölkerung zu schaffen“.²

Das „Kaderprojekt“ des Ministerrates wurde 1972 begonnen und seit 1976 als Zentraler Kaderdatenspeicher (ZKDS) im Rechenzentrum des Ministeriums für Wissenschaft und Technik (MWT) geführt (vgl. zur Geschichte und Nutzung des Kaderdatenspeichers: Roß 1997). Laut Beschluss des Ministerrates „zur koordinierten Weiterführung der Arbeit beim Aufbau von Personendaten-speicher“ (3. Juli 1981) sollten die in den Betrieben und Verwaltungen erfassten Personaldaten zunächst in sogenannten Arbeitskräftespeichern (AKDS) zusammengeführt werden. Aus diesen monatlich aktualisierten AKDS der verschiedenen Bereiche wurde vierteljährlich der ZKDS durch Datenübernahme aufgebaut. Im ZKDS sollten laut Beschluss des Ministerrates die folgenden Kadergruppen erfaßt werden:

- Nomenklaturkader des Ministerrates
- Leiter und Mitarbeiter der zentralen und örtlichen Staatsorgane
- Leitende Kader aus der zentralgeleiteten Wirtschaft³
- Leitende Kader aus bezirksgeleiteten Kombinat⁴
- Leiter und Mitarbeiter aller Außenhandelsbetriebe

¹ Ministerrat: Beschluß über die Anwendung der EDV in der sozialistischen Kaderarbeit vom 3. Juli 1972. Bundesarchiv: Bestand DC 20-9098.

² Ministerrat: Beschluß über Maßnahmen zur Koordinierung des Aufbaus von Personendaten-speichern vom 5. Februar 1976. Bundesarchiv: Bestand DC 20-9098.

³ Im Einzelnen gehören dazu: *Kombinate*: Generaldirektoren und erste Stellvertreter, Fachdirektoren sowie die ihnen direkt unterstellten Leiter, einschl. der Leiter von Weiterbildungszentren der Kombinate; *Kombinatsbetriebe*: Direktoren und Fachdirektoren sowie die ihnen direkt unterstellten Leiter aus Kombinatbetrieben ab 2500 Beschäftigten; *andere Betriebe und Einrichtungen*: Direktoren, Leiter der Betriebe und Einrichtungen sowie die **Kaderreserve** für Generaldirektoren, erste Stellvertreter der Generaldirektoren sowie für Direktoren der Kombinatbetriebe ab 2500 Beschäftigten.

⁴ Im Einzelnen gehören dazu: Kombinatdirektoren und Fachdirektoren sowie die ihnen direkt unterstellten Leiter; Direktoren und Fachdirektoren von Kombinatbetrieben.

- Absolventen von Industrie-Instituten
- Kader, die an Hochschulen oder wissenschaftlichen Einrichtungen der Sowjetunion oder anderer sozialistischer Länder aus- oder weitergebildet wurden.

Der ZKDS war der einzige zentrale Datenspeicher, in dem die Angaben von Nomenklaturkader des Ministerrates sowie von Leitern und Mitarbeitern der zentralen und örtlichen Staatsorgane geführt wurden. Bei seiner Einstellung im März 1990 enthielt der ZKDS nach Angaben der „Gruppe Personalangelegenheiten des Ministerrates in Abwicklung“ personenbezogene Angaben zu 331.980 Kadern.⁵ Neben diesem zentralen Speicher und den bereichsspezifischen Arbeitskräftespeicher (AKDS) wurden gesonderte Kaderdateien für den Sicherheitsbereich und die Partei geführt.

7. Die erfassten Merkmale

Im ZKDS und ebenso im AKDS werden etwa 28 Themenkomplexe z.T. sehr detailliert erfasst. Neben Identifikationsangaben (Name, Personenkennziffer) und soziodemographischen Merkmalen (Alter, Kinderzahl, Familienstand) handelt es sich um Parteizugehörigkeiten, soziale und politische Herkunftangaben, Schulbildung, Mitgliedschaften in Organisationen, Wahlfunktionen, Betriebszugehörigkeiten, Angaben zum Arbeitsverhältnis, dem beschäftigenden Betrieb, der Funktion, dem Arbeitsbereich und der Erwerbsbiographie, Angaben zur Bildungsbiographie (schulische und universitäre Ausbildung, politische Bildung, Weiterbildung, laufende Ausbildungen), zur Kaderentwicklung, zu speziellen Kenntnissen, Fremdsprachenbeherrschung, Auslandsaufenthalten, Zeiten der Armeezugehörigkeit, erhaltene Auszeichnungen, Mitgliedschaften in faschistischen Organisationen, Parteizugehörigkeiten der Eltern und des Ehepartners, Verwandtschaftsbeziehungen ins Ausland, und auch der Status als Rückkehrer oder Zuziehender wurde vermerkt. Die Daten, die auf den Angaben in den Kaderakten beruhen, wurden in den jeweiligen Kaderabteilungen auf sogenannten Signierscheinen erfasst. Weiterhin enthält der Speicher etliche aus diesen Angaben berechnete Informationen wie z.B. das Parteialter, hauptamtliche Tätigkeiten in der SED, FDJ oder Massenorganisationen etc.

Insgesamt spiegeln die erfassten Merkmale die beiden wesentlichen Elemente der Kaderpolitik wider, nämlich politische Loyalität und Qualifikation.

⁵ Gruppe Personalangelegenheiten des Ministerrates in Abwicklung: Vorlage über die Sicherstellung von Unterlagen aus dem Bereich der Personalabteilung des ehemaligen Ministerrates der DDR vom 6.11.1990. Bundesarchiv: Bestand DC 20- 9110.

8. Die Überlieferungslage und die Validität der Daten

Die Dateien des „Kaderprojekts“ wurden 1990 gesichert und 1992 in das Bundesarchiv in Koblenz überführt. Bereits bei der Übernahme waren die Dokumentationen zum ZKDS nicht mehr vorhanden, so dass nur die Daten selbst auf ca. 200 Magnetbändern übernommen werden konnten, die neben Zwischen- und Abgangsdateien Jahresdateien unter der Bezeichnung ZKDS und AKDS enthalten. Die schlechte Überlieferungslage dieses einmaligen Verzeichnisses des DDR-Führungspersonals lässt das Material als „einen der wichtigsten, zugleich aber auch am schwierigsten zugänglichen elektronischen Datenbestände des Bundesarchivs aus DDR-Provenienz“ erscheinen (Rathje 1996)⁶.

Inzwischen ist es gelungen nicht nur den ZKDS, sondern auch weitere AKDS zu rekonstruieren, aus dem ursprünglich komprimierten Datenformat in eine rechteckige Datenmatrix zu überführen und die Gesamtschlüsseldatei zuzuordnen bzw. manuell zu ergänzen (vgl. Remy in diesem Band). Das in den Analysen dieses Bandes benutzte Datenmaterial ist aus diversen AKDS und dem ZKDS kompiliert und daher umfangreicher als der ursprüngliche ZKDS. Dieser Schritt war notwendig, da Informationen über das Leitungspersonal, die für tiefergehende und vergleichende Analysen von Rekrutierungsprozessen notwendig sind, nicht nur im ZKDS enthalten sind.

Betrachtet man beispielsweise die Grobcodierung in Leiter (5 und mehr unterstellte Personen) und Kader in leitenden Funktionen (0 bis 5 unterstellte Personen), die zusätzlich nach ZKDS-Erfassungspflicht differenziert ist, dann zeigt sich erstens, dass ZKDS-erfassungspflichtige Personen in geringem Umfang auch im AKDS geführt werden, und zweitens, dass quantitativ das Führungspersonal – wie es nach Erfassungsvorgaben definiert war – im AKDS etwas stärker repräsentiert ist als im ZKDS (vgl. Tab. 1).

Tabelle 1: Leitungsfunktionen und Datenherkunft - ZKDS und AKDS 1989

Leitungsfunktion	Datenherkunft		Gesamt
	AKDS 89	ZKDS 89	
Leiter & Kader in leitend. Funktion	76.731	40.481	117.212
Leiter & Kader in leitend. Funktion	1.705	18.591	20.296
Kein Leiter	160.831	26.198	187.029
Kein Leiter	1.216	11.219	12.435
Keine Angaben	37.186	2.491	39.677
Gesamt	277.669	98.980	376.649

Es liegt daher nahe, AKDS und ZKDS gemeinsam als Grundgesamtheit des Kaderprojektes zu betrachten. Auch in einer „Einschätzung des Standes in der

⁶ Detaillierte Hinweise auf den Gesamtbestand des übernommenen Materials finden sich ebenfalls bei Rathje 1996.

Arbeit mit dem ZKDS“ (April/Mai 1986) wird davon gesprochen, dass das „ehemalige Kaderprojekt als ‘AKDS-Projekt des Rechenzentrums des MWT’ den neuen Bedingungen angepaßt“ worden sei.⁷

Noch in den letzten Jahresstammdateien von ZKDS und AKDS aus dem Jahre 1989/90 ist die in der Anfangsphase sehr diskontinuierliche Datenübernahme aus anderen Speichern bzw. Neuaufnahme des Kaderbestandes zu erkennen. Erst ab Mitte der 80er Jahre stabilisiert sich die Zahl der jährlichen Neuaufnahmen (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2: Jahr der Erfassung – AKDS und ZKDS 1989

Jahr	Häufigkeit	Prozent	Gültige Prozent	Kumulierte Prozent
1979	87.187	23,1	25,2	25,2
1980	18.865	5,0	5,5	30,7
1981	26.574	7,1	7,7	38,4
1982	29.025	7,7	8,4	46,8
1983	43.197	11,5	12,5	59,3
1984	22.199	5,9	6,4	65,7
1985	22.369	5,9	6,5	72,2
1986	21.054	5,6	6,1	78,3
1987	24.844	6,6	7,2	85,5
1988	24.113	6,4	7,0	92,5
1989	23.830	6,3	6,9	99,4
1990	2.128	0,6	0,6	100,0
Gesamt	345.385	91,7	100,0	
Fehlend	31.264	8,3		
Gesamt	376.649	100,0		

Die Verteilung der erstmaligen Datenerfassung in Tabelle 2 weist auf ein weiteres Problem hin: Insbesondere in der Anfangsphase des Kaderprojektes hatten die Betreiber ernsthafte Probleme mit der Datenqualität und der Vollständigkeit der Erfassung. Nach Recherchen des Rechenzentrums des MWT waren zu Beginn der 80er Jahre ca. 80 % aller Signierscheine als mehr oder weniger gravierend fehlerhaft klassifiziert worden. Zwar sorgte eine Kontrollroutine bei der Datenübernahme dafür, dass Datensätze abgewiesen wurden, in denen (wenige) obligatorische Angaben fehlten, bzw. logisch falsch oder widersprüchlich codiert waren, aber diese Prüfungen waren lediglich ein sehr grober Filter. Auch unvollständige oder erkennbar fehlerhafte Datensätze wurden gespeichert, wenn die Minimalanforderungen erfüllt waren. Ihre Nachbesse-

⁷ Bundesarchiv: Bestand DC 20-9103.

rung wurde über einen Kontrollausdruck eingefordert, der der datenerfassenden Stelle zuging.

Wie in internen Validitätsprüfungen des Rechenzentrums immer wieder betont wurde, war die Datenqualität des Speichers neben der kompetenten Datenerfassung vor allen Dingen von der Nutzungsintensität und den damit verbundenen Kontrollmeldungen abhängig. Ein solcher rekursiver Mechanismus der Qualitätskontrolle hat sich aber aufgrund der für die Nutzer umständlichen, aufwendigen und durch Geheimhaltungsvorschriften limitierten Auswertungsanforderung nur sehr zögerlich ab Mitte der 80er Jahre entwickelt.

Diese schwache Rückkopplung zwischen Datenlieferanten und Datenbankbetreiber heißt jedoch nicht, dass eine Nutzung des Kaderdatenspeichers unterblieb. Regelmäßig wurden zu den Parteitagungen statistische Auswertungen über den Kaderbestand und seine politische, soziale, alters- und qualifikationsmäßige Komposition angefertigt. „Kaderspiegel“ wurden für einzelne Führungsgruppen, Wirtschaftssektoren oder Kombinate regelmäßig erstellt, ebenso Jubiläumslisten und namentliche Übersichten über Inhaber bestimmter Positionen. Anlässlich von Wahlen wurde die Besetzung der Wahlämter anhand der Kaderdaten analysiert und abhängig von der politischen Agenda wurden spezielle Themen, wie etwa der Anteil von Frauen in leitenden Kaderpositionen oder Analysen über Absolventen sowjetischer Hochschulen angefertigt. Neben diesen Analysen auf zentraler Ebene für den Partei- und Staatsapparat hielt das Rechenzentrum einen Angebotskatalog für bestimmte Standardanalysen vor, die von Betrieben und Verwaltungsorganen angefordert werden konnten (vgl. Ross 1997, S. 121-123). Die Nutzung des Kaderdatenspeichers hatte insgesamt eine politisch-ideologische Kontrolldimension, eine langfristige Planungsdimension und eine verwaltungstechnische Dimension. Das analytische Potential dieses Datenspeichers wurde zu DDR-Zeiten aber bei weitem nicht ausgenutzt. Für die Beurteilung der Validität solcher im Verwaltungsprozess produzierter Daten entstehen einige typische Probleme:

- 1) Signierschlüssel und Signieranweisungen wurden im Laufe der Zeit immer wieder geändert und ergänzt, ohne dass diese Änderungen bei den datenerfassenden Stellen sofort angewandt wurden.
- 2) Die Einheitlichkeit der Einträge sollte durch detaillierte Signiervorschriften, die von geschultem Personal angewandt werden sollten, gewährleistet werden. Erkennbar ist jedoch, dass diese Einheitlichkeit nur bedingt durchgesetzt werden konnte. Das betrifft sowohl klassifikatorische Entscheidungen bei der Erfassung als auch die Zuordnung biographischer Daten. So wird beispielsweise die berufliche Ausbildung mal als Berufstätigkeit, mal als Ausbildung und mal gar nicht erfasst.
- 3) Die Vollständigkeit der Datenkollektion ist keineswegs gewährleistet. Insbesondere trifft dies auf die verschiedenen biographischen Angaben

zu. Für die Berufsbiographie stehen in der Datenbank 10 mögliche Einträge zur Verfügung, jeweils für den Arbeitsbereich, den Wirtschaftssektor, die Funktion, den Betrieb und die Ein- und Austrittsdaten. Ähnlich sind die Ausbildungskarriere, der politische Schulbesuch, die Weiterbildungen, die Wahlfunktionen, die Mitgliedschaften in Organisationen und die erhaltenen Auszeichnungen mit jeweils 10 Einträgen vorgesehen; für Auslandsaufenthalte, Zugehörigkeit zu bewaffneten Organen, speziellen Kenntnissen und Kaderentwicklung sind jeweils 5 Eintragungsmöglichkeiten vorgesehen. Tabelle 3 zeigt am Beispiel einiger ausgewählter Führungsgruppen (ab Abteilungsleiter aufwärts), die aufgrund ihrer Hierarchieposition eigentlich über eine längere Berufsbiographie verfügen müssten, dass je nach Hierarchieposition und Sektor zwischen 2 % und 27 % der Berufsbiographien fehlen. Mit abnehmen der Hierarchieposition erhöhen sich diese Werte deutlich. Offen ist bisher, ob diese Lücken ausschließlich auf die EDV-Erfassung zurückgehen oder ob sie bereits in den Kaderakten (die die Basis der Erhebung bilden) vorliegen.

Tabelle 3: Führungspersonal (Leiter und Kader in leitenden Funktionen – ZKDS & AKDS 1989)

Funktion und Ebene der Beschäftigung	Indikator	Sektor			
		Ministerien	Räte d. Bez.	Ind./Bauw.	Handel
Minister, Mitglieder d. Ministerrates, Räte der Bezirke, General-, Kombinars-, Betriebsdirektoren (N=6.164)	Berufsbiographie vorhanden	96 %	98 %	92 %	91 %
	Anzahl Berufe	5,21	4,4	3,36	3,23
	Alter am 31.12.89	60,7	50,82	51,92	52,02
Staatssekr., Mitgl. RdB, stellv. Leiter v. Fachorg., stellv. Gen.-, Komb.-, Betriebsdirektoren (N=2.000)	Berufsbiographie vorhanden	96 %	93 %	83 %	95 %
	Anzahl Berufe	5,12	3,56	3,43	4,32
	Alter am 31.12.89	55,6	48,98	50,82	50,94
Fachdirektoren, Leiter Betriebsteil, Bereichsdir., Vorstandsmitglieder, Leiter von Handelseinr. (N=17.459)	Berufsbiographie vorhanden	91 %		81 %	79 %
	Anzahl Berufe	3,44		3,06	2,84
	Alter am 31.12.89	51,35		49,55	48,46
Bereichs-, Abschnitts-, Hauptabteilungs-, Abteilungsleiter, Hauptbuchhalter, Leiter TKO (N=35.172)	Berufsbiographie vorhanden	80 %	88 %	73 %	76 %
	Anzahl Berufe	3,34	3,18	2,78	3,00
	Alter am 31.12.89	55,6	48,98	50,82	50,94

- 4) Auch programmiertechnische Fehler sind im Datenmaterial erkennbar. So wurden beispielsweise bei der Aktualisierung von biographischen Angaben Doppelseinträge produziert.
- 5) Schließlich zeigen Einzelfallprüfungen, dass auch soziodemographische Angaben in Einzelfällen fehlerhaft sind. Wir konnten bei derartigen Überprüfungen feststellen, dass etwa Angaben zum Familienstand oder zur Kinderzahl falsch oder im Vergleich von Jahresstammdateien inkonsistent codiert wurden. Die Größenordnung solcher Fehler und ihre Beziehung zu den Daten der Kaderakten lässt sich schwer abschätzen, weil – anders als in kontrollierten Primärerhebungen – die Validität der Daten mit lokalen und thematischen Rahmenbedingungen variiert (shifting validity). Immerhin lassen sich Anhaltspunkte gewinnen, wenn man Informationen überprüft, für die eindeutige Werte vorliegen müssen, etwa bei zeitlich eindeutig datierten Ereignissen. Exemplarisch lässt sich das an den Einträgen des Jahres, in dem Personen im Kaderdatenspeicher die Medaille „30. Jahrestag der Gründung der DDR“ erhalten haben. Die Medaille wurde erstmals 1978 vergeben und vermutlich nach 1980 nicht mehr. Im Kaderdatenspeicher sind 15.364 Personen registriert, die diese Medaille erhalten haben, in 99,5 % der Fälle ist ein plausibles Datum eingetragen worden (vgl. Tab. 4). Die übrigen Angaben sind offenbar falsch, wobei erkennbar ist, dass ein erheblicher Teil der Falschangaben auf Tippfehler zurückgeht (Verwechslung von 9 und 0 bzw. 7 und 6).

Für die sekundäranalytische Nutzung der Datenspeicher haben diese Validitätsprobleme unterschiedliche Konsequenzen: Relativ unproblematisch – angesichts des Datenumfangs – sind die unsystematischen Fehler, wenn Aggregate analysiert werden. Die periodisch, sektoral oder auch betriebsspezifisch auftretenden Datenmängel sind letztlich nur im Verlauf der Datenanalyse zu identifizieren und dann durch die Formulierung von Ausschlusskriterien zu neutralisieren. Eine Reihe von Inkonsistenzen oder fehlenden Angaben lassen sich schließlich durch Bereinigungen, Umcodierungen oder Ergänzung durch Plausibilitätsannahmen beheben. In jedem Fall setzt die Sekundäranalyse ein erhebliches Maß an Validitätskontrolle und Datenbereinigung voraus.

Ein eigenständiges Problem bilden die im Kaderprojekt benutzten Klassifikationssysteme, die aus der Perspektive des Ministerrates teils unter Berücksichtigung bestehender Klassifikationen entwickelt wurden. Solche Klassifikationen entsprechen meist nicht (zumindest nicht genau) den sekundäranalytischen Fragestellungen. Problematisch werden sie insbesondere dann, wenn es sich um ideologisch kontaminierte Einordnungen handelt, wie z.B. die Kategorie „soziale Herkunft“, in der Offiziere, politische Funktionäre, aber auch Hausfrauen zu Arbeitern und Werktätigen werden. Bei konstanter Verwendung solcher Klassifikationsschemata lassen sich dennoch wertvolle Informationen gewinnen, wie im folgenden exemplarisch gezeigt werden soll.

Tabelle 4: Vergabejahr der Medaille „30. Jahrestag der Gründung der DDR“

Jahr	Häufigkeit	Prozent
1899	1	0,0
1929	1	0,0
1939	1	0,0
1949	2	0,0
1959	1	0,0
1965	6	0,0
1966	1	0,0
1967	1	0,0
1969	3	0,0
1970	15	0,1
1971	1	0,0
1972	2	0,0
1973	2	0,0
1974	6	0,0
1975	11	0,1
1976	5	0,0
1977	4	0,0
1978	35	0,2
1979	15.221	99,1
1980	32	0,2
1981	6	0,0
1982	1	0,0
1983	3	0,0
1986	2	0,0
1989	1	0,0
Gesamt	15.364	100,0

9. Nutzbarkeit des Datenspeichers

Das Kaderdatenprojekt ist ein gleichermaßen interessantes wie problematisches Erbe. Interessant, weil es sich um eine einmalige Datensammlung über das Führungspersonal in der Wirtschaft, der Politik und der staatlichen Verwaltung handelt, das von den untersten Hierarchieebenen (z.B. Meister) bis zu den Mitgliedern des Ministerrates reicht, problematisch weil aufgrund der Überlieferungslage und der Validitätsprobleme ganz erhebliche Aufbereitungsprobleme zu bewältigen sind.

Da der Kaderdatenspeicher so angelegt war, dass er sowohl für personenbezogene Abfragen (Einzelabfragen, aber auch Jubiläumslisten etc.) als auch für

Strukturanalysen unterschiedlichster Personenaggregate genutzt werden konnte, bieten sich auch für Sekundäranalysen nahezu unbegrenzte Möglichkeiten sektoraler, positionaler und institutioneller Vergleiche. Darüberhinaus lassen sich aus den Individualbiographien die berufliche Mobilität, die Karrierewege und die strukturell förderlichen und hinderlichen Muster ebenso wie die generationalen Veränderungen der Opportunitätsstrukturen in der DDR herausarbeiten. Für die Frage, inwieweit die DDR auch in der Besetzung ihrer Führungspositionen unter einem „Modernisierungsdefizit“ in Form unzureichender funktionaler Differenzierung litt, bietet der Kaderdatenspeicher daher einmaliges Material. Das Datenmaterial ist jedoch nicht nur in einer sozialhistorischen und einer gesellschaftstheoretischen Perspektive interessant, es liefert vielmehr auch Informationen über jenen – bisher weitgehend unbekannten Pool – aus dem sich nach der Wende zunächst in der Wirtschaft, später in der Politik das neue Führungspotential rekrutierte (vgl. dazu Windolf 1996; Best/Becker 1997; Neckel 1997). Analysen des heutigen Führungspersonals leiden nicht nur unter der selektiven Auswahl der Gewinner und den vielfältigen Verzerrungen einer retrospektiven Konstruktion der DDR-Biographie, es mangelt vor allen Dingen an Informationen über die sozialstrukturelle Verfassung jener zweiten und dritten Hierarchieebene aus der beispielsweise heutige Manager rekrutiert wurden.

Der Kaderdatenspeicher lässt sich aber nicht nur als Datenbasis für derartige nachträglich an das Material herangetragene Fragestellungen begreifen, er ist vielmehr selbst ein Dokument des Steuerungs- und Reflexionswissens, das der Politik zur Verfügung stand. Bereits die Auswahl der Erfassungsmerkmale zeigt die Foci der politischen Problemwahrnehmung bis hin zur Aufrechterhaltung von Erhebungsmerkmalen wie „Teilnahme am antifaschistischen Widerstand“, die Ende der 80er Jahre für Kaderentscheidungen relativ bedeutungslos geworden sein dürften. Wichtiger ist jedoch, dass sich mit Hilfe des Kaderdatenspeichers nicht nur die Differenz zwischen politisch-ideologischen Postulaten und der sozialen Realität in der DDR rekonstruieren lässt, sondern – da der Datenspeicher regelmäßig für Kaderanalysen genutzt wurde⁸ – auch das Wissen um diese Differenz.

10. Resümee

Mit dem Kaderdatenspeicher sind erstmals nicht nur die politischen Spitzenpositionen, sondern auch die nachgeordneten Führungspositionen in Staat und Wirtschaft der DDR einer soziologischen Analyse zugänglich geworden. Die

⁸ Für Standardauswertungen hielt das Rechenzentrum einen Angebotskatalog bereit. Insbesondere vor den Parteitag wurden aber weit darüberhinausgehende Feinalysen der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Kader angefertigt.

Datensammlung, die ursprünglich als Kontroll- und Planungsinstrument im Arkanbereich der DDR-Gesellschaft konzipiert worden war, erweist sich nach dem Untergang des Regimes nicht nur als einmalige sozialstrukturelle Bestandsaufnahme des Führungspersonals, sondern auch als ausgezeichnete Basis für die Rekonstruktion der geplanten und ungeplanten Distributionsmechanismen und Differenzierungsprozesse, die sich jenseits der politischen Programmatik in der DDR-Gesellschaft vollzogen.

Die Tatsache, dass der Kaderdatenspeicher sowohl für Personalentscheidungen genutzt wurde als auch für strukturelle Analysen erweist sich dabei als sehr vorteilhaft, da der Speicher als Arbeitsmittel vermutlich keinen gezielten Manipulationen unterlag und aufgrund der intendierten Nutzung einen sehr breiten Merkmalskatalog enthält, der ein historisch, sektoral, positional und sozialstrukturell sehr differenziertes Bild der Kader in der DDR möglich macht. Andererseits ist es gerade der Charakter der Arbeitsdatei, der zusammen mit der schlechten Überlieferungslage eine Fülle von Rekonstruktions- und Validitätsproblemen aufwirft, für deren Klärung neben internen Konsistenzprüfungen auch externe Daten sowohl aus Personalakten wie aus der Wirtschaftsstatistik notwendig sind, aber auch Informationen über die Arbeitsweise der Kaderabteilungen und den Umgang mit diesen Datenspeichern bei den erfassenden Stellen.

Literatur

- Angell, Robert C./Freedman, R. (1953): The Use of Documents, Records, Census Materials and Indices. In: Leon Festinger/Daniel Katz (Hg.): *Research Methods in the Behavioral Sciences*. New York, S. 300-326.
- Bauerkämper, Arnd et al. (Hg.) (1997): *Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR*. Berlin.
- Bendix, Reinhard (1964): *Nation Building and Citizenship*. New York.
- Best, Heinrich/Becker, Ulrike (Hg.) (1997): *Elites in Transition. Elite Research in Eastern Europe*. Opladen.
- Best, Heinrich/Hornbostel, Stefan (1998): Prozeß-produzierte Daten als empirisches Material für eine Soziologie des realen Sozialismus. Das Beispiel der Kaderspeicher des Ministerrates der DDR. In: GESIS et al. (Hg.): *Materialien zur Erforschung der DDR-Gesellschaft*. Opladen, S. 201-221.
- Bick, Wolfgang/Müller, Paul J. (1984): Sozialwissenschaftliche Datenkunde für prozeß-produzierte Daten: Entstehungsbedingungen und Indikatorenqualität. In: Dies./Reinhard Mann (Hg.): *Sozialforschung und Verwaltungsdaten*. Stuttgart, S. 123-159.
- GESIS et al. (Hg.) (1998): *Materialien zur Erforschung der DDR-Gesellschaft*. Opladen.

- Glaeßner, Gert-Joachim (1977): Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates. Opladen.
- Lepsius, M. Rainer (1993): Zum Aufbau der Soziologie in Ostdeutschland. In: KZfSS, Bd. 45, S. 305-337.
- Müller, Klaus (1992): 'Modernising' Eastern Europe. Theoretical Problems and Political Dilemmas. In: Archives Européennes de Sociologie, Vol. 33, S. 109-150.
- Müller, Paul J. (1977): Vorwort. In: Ders. (Hg.): Die Analyse prozeß-produzierter Daten. Stuttgart.
- Neckel, Sigward (1997): Etablierte und Außenseiter und das vereinigte Deutschland. Eine rekonstruktive Prozeßanalyse mit Elias und Simmel. In: Berliner Journal für Soziologie 2/97, S. 205-215.
- Rathje, Ulf (1996): Der Zentrale Kaderdatenspeicher des Ministerrates der DDR. In: Historische Sozialforschung Nr. 79, Vol. 21, S. 137-141.
- Roß, Sabine (1997): Karrieren auf der Lochkarte. Der „Zentrale Kaderdatenspeicher“ des Ministerrats der DDR. In: Bauerkämper, Arnd et al. (Hg.): Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR. Berlin, S. 109-130.
- Scheuch, Erwin K. (1977): Die wechselnde Datenbasis der Soziologie - Zur Interaktion zwischen Theorie und Empirie. In: Paul J. Müller (Hg.): Die Analyse prozeß-produzierter Daten. Stuttgart, S. 5-41.
- Schneider, Eberhard (1994): Die politische Funktionselite der DDR. Eine empirische Studie zur SED-Nomenklatura. Opladen.
- Thiele, Gisela/Gerth, Werner (1989): Das Tätigkeitsprofil und Leistungsverhalten weiblicher Leitungskader. Leipzig (mimeo).
- Webb Eugen J. et al. (1966): Unobtrusive Measures. Nonreactive Research in the Social Sciences. Chicago.
- Wilke, Jürgen (1994): Ausgewählte Quellen zu Statistikdaten und zu maschinenlesbaren Mikrodaten der DDR. Köln (mimeo).
- Windolf, Paul (1996): Die Transformation der ostdeutschen Betriebe. In: Berliner Journal für Soziologie 4/96, S. 467-488.
- Zimmermann, Hartmut (1994): Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR. In: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/ Hartmut Zwahr: Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart, S. 322-356.